

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

34. Jahrgang

Berlin, den 26. Mai 1967

Nummer 21

Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte Mai 1967

Die internationale Situation

Die Belebungsstendenzen, die sich gegenwärtig in den angelsächsischen Ländern abzeichnen, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich das wirtschaftliche Wachstum in der westlichen Welt insgesamt verlangsamt. Hierfür ist nicht nur die konjunkturelle Abschwächung in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich verantwortlich. Auch in den Volkswirtschaften, in denen sich die Konjunktur wieder etwas belebt, bleibt das Wachstum meist hinter den Ergebnissen früherer Jahre zurück.

Nach den neuesten Indikatoren scheint die Wirtschaft der *Vereinigten Staaten von Amerika* die Stagnation zu überwinden, die im ersten Quartal dieses Jahres zu beobachten war. Die industrielle Produktion nimmt nun wieder etwas zu. Offenbar sind die Konsumenten jetzt weniger zurückhaltend als in den Monaten zuvor. Hiervon profitieren auch die Produzenten langlebiger Verbrauchsgüter, deren Absatz nach einer Phase rückläufiger Entwicklung nun wieder steigt. Allerdings ist die Umsatzsteigerung, die die Statistik für den Monat März zunächst ausgewiesen hatte, bereits nach unten revidiert worden. Der Optimismus, der an diese Umsatzsteigerung geknüpft wurde, erweist sich somit noch als verfrüht.

Auch im Bereich der Anlageinvestitionen zeichnet sich jetzt eine etwas günstigere Entwicklung ab, als sie aufgrund der Investitionsplanungen Anfang des Jahres zu erwarten war. Nach den neuesten Umfragen planen die Unternehmen für 1967 eine Steigerung ihrer Ausgaben für Ausrüstungen und Bauten um 6 vH, obwohl die Kapazitätsauslastung der verarbeitenden Industrie trotz der Zunahme der industriellen Produktion weiter gesunken ist. Sie lag im Frühjahr bei 85 vH.

Von der Lagerbewegung werden zunächst noch retardierende Einflüsse auf die Produktion ausgehen; bei einem rascheren Lagerabbau dürften diese jedoch im Laufe des Jahres an Kraft verlieren.

Die Ausgabensteigerung der amerikanischen Bundesregierung hat sich beschleunigt fortgesetzt. Damit bestätigen sich Vermutungen, daß die öffentlichen Ausgaben über den geplanten Umfang hinausgehen werden.

Problematisch ist in der gegenwärtigen konjunkturellen Situation die Lohn- und Preisentwicklung. Die in jüngster Zeit getroffenen Lohnvereinbarungen führen zu einer beschleunigten Steigerung der Tariflöhne, hinter der die Produktivitätsentwicklung auch bei zunehmender Kapazitätsauslastung zurückbleiben dürfte. Damit besteht die Gefahr, daß sich der Preisauftrieb, der in der letzten Zeit schwächer geworden war, erneut verstärkt.

In *Großbritannien* setzt sich der Prozeß einer konjunkturellen Wiederbelebung fort. Wichtigster Expansionsfaktor sind nach wie vor die öffentlichen Investitionen. Die britische Regierung steigert gegenwärtig ihre Investitionsausgaben, um ein Gegengewicht zu den rückläufigen Investitionen des privaten Sektors zu schaffen. Für das ganze Jahr 1967 ist eine Zunahme der öffentlichen Investitionen um real 8 vH geplant.

Dahinter tritt der Export als expansive Kraft zurück. Zwar zeigt der Auslandsabsatz britischer Güter und Dienste weiterhin einen Aufwärtstrend, der sich allerdings in der letzten Zeit abgeschwächt hat. Diese Entwicklung macht erneut die besonderen Probleme der britischen Wirtschaft deutlich. Wie für jedes stark außenwirtschaftsabhängige Land entscheidet auch für Großbritannien die Exportentwicklung darüber, wie stark die innerwirtschaft-

liche Expansion sein kann, ohne daß Zahlungsbilanzschwierigkeiten auftreten. Die britische Regierung versucht zwar gegenwärtig, das innerwirtschaftliche Wachstum in den von der Exportzunahme abgesteckten engen Grenzen zu halten. Eine durch die Exportentwicklung erzwungene Zurückhaltung in der wirtschaftlichen Expansion mit ihren ungünstigen Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft der Unternehmer bildet jedoch eine schlechte Voraussetzung für die erstrebte Verbesserung der britischen Wettbewerbsposition, die allein den Expansionspielraum Großbritanniens nachhaltig erweitern könnte.

In *Frankreich* hat sich nunmehr das wirtschaftliche Wachstum deutlich verlangsamt. Im ersten Quartal 1967 stieg der saisonbereinigte Index der industriellen Produktion kaum noch an; und es ist nicht zu erwarten, daß sich bis zum Sommer eine Wiederbelebung durchsetzen wird. Die Phase beschleunigten Wirtschaftswachstums, die erst Mitte 1965 wieder begonnen hatte, wurde nicht nur durch die Rückwirkungen der konjunkturellen Abschwächung in anderen Ländern unterbrochen. Von größerer Bedeutung dürften strukturelle Anpassungsvorgänge im Produktionsapparat Frankreichs sein, die weitgehend im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf die letzte Stufe des Gemeinsamen Marktes stehen. Die Welle von Rationalisierungsmaßnahmen hat zwar einerseits eine lebhaftere Investitionstätigkeit bei Ausrüstungen mit sich gebracht, sie hat jedoch andererseits trotz quantitativ relativ geringen Rückgangs der Beschäftigung einen negativen Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrageentwicklung: Die Wandlung von der Überbeschäftigung zu der jetzigen — unsicheren — Arbeitsmarktlage hat zu einem verminderten Wachstum der Konsumausgaben geführt, die sich bereits auf der Produktionsstufe deutlich bemerkbar macht. Dieser Abschwächung wird in der nächsten Zeit kaum durch eine beschleunigte Expansion der Lohneinkommen entgegengewirkt werden; denn bei stagnierender Produktion und damit verringerter Produktivität und unter dem Druck der Auslandskonkurrenz setzen die Unternehmer den Lohnforderungen weiterhin Widerstand entgegen. Auch von der Wirtschaftspolitik dürften in der nächsten Zukunft keine nennenswerten Maßnahmen zur Stützung des gesamtwirtschaftlichen Nachfragewachstums zu erwarten sein. Die Regierung sieht in der Preisstabilität eine der wichtigsten Voraussetzungen für die französische Wettbewerbsfähigkeit. Der Preisauftrieb liegt jedoch — gemessen am Index der Lebenshaltungskosten — nach wie vor nahe bei 3 vH im Jahresdurchschnitt, während in wichtigen Partnerländern Frankreichs die Konjunkturabschwächung zu einem geringeren Preisanstieg geführt hat.

In *Italien* wächst die Wirtschaft trotz weiterhin bestehender sektoraler Schwächen — insbesondere im Wohnungsbau — nach wie vor recht kräftig. Unter dem saisonalen Einfluß der Frühjahrsimpulse

hat sich vor allem das Produktionswachstum in der Konsumgüterindustrie beschleunigt. Auch die künftige Entwicklung wird von den Unternehmern dieses Bereichs sehr optimistisch beurteilt. Noch günstigere Auftrags- und Produktionserwartungen haben die Produzenten von Investitionsgütern. Im Zuge des kräftigen Wachstums der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage im Jahre 1967 werden die Kapazitäten der Hersteller bald voll ausgelastet sein. Angesichts der starken Zurückhaltung der Investoren in den vergangenen beiden Jahren und des dadurch aufgestauten Modernisierungsbedarfs der Anlagen dürfte sich das Investitionswachstum im Laufe des Jahres erheblich beschleunigen. Der dämpfende Einfluß der sich immer mehr abschwächenden Auslandsnachfrage dürfte dadurch kompensiert werden. Im März konnten die Exporte nur noch um 7,1 vH erhöht werden, gegenüber 14,8 vH im Februar und 15,7 vH im Januar (jeweils im Vergleich zum entsprechenden Vorjahrsmonat).

Die Befürchtung, daß die spannungsfreie Phase des italienischen Aufschwungs allmählich zu Ende geht, hat sich in jüngster Zeit bestätigt. Zwar lagen auch im Frühjahr die Großhandelspreise noch etwas unter dem jeweiligen Vorjahrsniveau, die Einzelhandelspreise waren jedoch um rund 3 vH höher. Auch die Lage am Arbeitsmarkt spannt sich wieder etwas an. Die Zahl der Arbeitslosen hat sogar während der Wintermonate dieses Jahres abgenommen. Dabei haben die Gewerkschaften in zahlreichen Wirtschaftsbereichen eine Erhöhung der Tariflöhne durchgesetzt.

Die Lage in Westdeutschland

Informationen über die Wirtschaftslage werden heute mit besonderer Spannung erwartet; jede neue statistische Zahl wird eingehend daraufhin geprüft, ob sie Hinweise auf ein baldiges Ende der konjunkturellen „Talfahrt“ geben könnte. Je aufmerksamer das statistische Material registriert wird, desto größer ist allerdings auch die Gefahr, daß Detailinformationen überinterpretiert werden. Das gilt vor allem für den Index der Auftragseingänge bei der Industrie: Dieser lag im März um fast 14 vH unter dem Vorjahrswert. Der Rückgang war damit noch stärker als in den vorangegangenen Monaten Januar (— 7,4 vH) und Februar (— 8,7 vH); er scheint deshalb den „Pessimisten“ recht zu geben, die eine konjunkturelle Wende erst in der Ferne sehen. Der Index der Auftragseingänge wird aber auch anders gedeutet: In diesem Jahr hatte der März weniger Arbeitstage als im vergangenen Jahr. Unterstellt man in Analogie zum arbeitstäglich bereinigten Produktionsindex, daß die Zahl der Arbeitstage in vollem Umfang auch die Ordertätigkeit eines Monats beeinflusst, so ergibt sich ein Bild, das eine optimistischere Beurteilung der Konjunktur gestattet: Die Veränderungsrate dieses arbeitstäglich bereinigten Index war im März dieses Jahres (— 5,3 vH) kleiner als im Januar (— 12 vH) und im Februar (— 8,7 vH).

Beide Interpretationen sind überspitzt. Fragwürdig ist sowohl die volle Berücksichtigung der Arbeitstage als auch der Verzicht auf jegliche Bereinigung. Tatsächlich kann von dem Auftragsindex allein weder auf einen kumulativen Prozeß nach unten noch auf eine konjunkturelle Belebung geschlossen werden.

Ein einigermaßen begründetes Urteil über die konjunkturelle Entwicklung der nächsten Zeit ist nur aufgrund *aller* verfügbaren Informationen möglich. Diese lassen aber nach wie vor nur den Schluß zu, daß nichts eindeutig für eine Verbesserung des konjunkturellen Klimas spricht.

In den meisten Bereichen der Wirtschaft verringert sich die Kapazitätsauslastung schon seit einem Jahr beträchtlich. In der Industrie ist die Erzeugung seit Mitte vorigen Jahres stark gesunken, während die Produktionsanlagen bis heute — wenn auch verlangsamt — ausgebaut werden. Geht man zunächst davon aus, daß der Staat außer den bisher beschlossenen keine rasch wirkenden nachfrageexpansiven Maßnahmen mehr ergreift, ist damit zu rechnen, daß die Güternachfrage und somit die Produktion weiter nachläßt und die schon heute sehr geringe Auslastung der Produktionsanlagen weiter — möglicherweise beschleunigt — abnimmt.

Das Wachstum des privaten Verbrauchs, der stärksten Verwendungskomponente des Sozialprodukts, wird sich auch in den kommenden Monaten abschwächen, vielleicht sogar in Stagnation einmünden: Der im Vorjahresvergleich feststellbare Beschäftigungsrückgang wird anhalten und voraussichtlich größer sein als der Zuwachs der individuellen Löhne und Gehälter; mithin dürfte die Summe der Löhne und Gehälter, insbesondere der Netto-Arbeitseinkommen, nicht mehr den Vorjahrsstand erreichen. Trotz der kräftigen Zunahme der Übertragungseinkommen wird das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nur noch sehr wenig expandieren.

Die Impulse, die von der Außenwirtschaft ausgehen, drohen schwächer zu werden, da auch in wichtigen Partnerländern die Konjunktur nachläßt: Die Ausfuhr wird zwar in der nächsten Zeit stärker als die inländische Nachfrage zunehmen, ihr Wachstum wird sich aber deutlich abschwächen. Ebenso wenig werden von den staatlichen Investitionsausgaben zusätzliche expansive Einflüsse ausgehen. Einerseits werden jetzt zwar die Aufträge aus dem Eventualhaushalt verstärkt wirksam, andererseits ist aber zu befürchten, daß die meisten anderen Gebietskörperschaften ihre Investitionspläne unter dem Druck der verschlechterten Einnahmementwicklung erneut kürzen werden.

Inzwischen haben Notenbankpolitik und Liquiditätszuflüsse aus dem Ausland zu einer fühlbaren Verbesserung des Finanzierungsklimas beigetragen; auch dürften die Kreditnehmer ihre Zurückhaltung allmählich aufgeben. Es ist aber nahezu gewiß, daß die Auflockerung des Kapitalmarktes vorerst kaum

zu einer Belebung der Investitionen, sondern hauptsächlich zu einer Konsolidierung kurzfristiger Schulden führen wird. Solange nämlich die Unternehmer damit rechnen müssen, daß der Absatz schrumpft und sich der ohnehin zu große Kapazitätsspielraum noch erweitert, wird ihre Investitionsneigung gering bleiben; hieran dürfte auch der verstärkte Zwang zur Rationalisierung wenig ändern. Hinzu kommt, daß die für den 1. Januar 1968 angekündigte Mehrwertsteuer von vielen Unternehmen zum Anlaß genommen wird, Materialläger einzuschränken, um — häufig nur vermeintliche — Kostenvorteile zu erlangen.

Bei dieser Konstellation wird die Rezession anhalten und das reale Sozialprodukt auch im zweiten Halbjahr unter dem Vorjahrswert liegen. Gegenüber den Beharrungstendenzen in einer solchen Situation sind Abschreibungserleichterungen und geldpolitische Maßnahmen allein ebenso machtlos wie Appelle an Verbraucher und Investoren. Jetzt gibt es nur ein wirksames Mittel: Die Schaffung *zusätzlicher Nachfrage* durch Erhöhung der Verbrauchereinkommen und durch umfangreiche staatliche Investitionen.

Aus diesen Gründen tragen die vor zwei Monaten an dieser Stelle gegebenen Anregungen heute den Charakter einer dringenden Empfehlung: Der Staat sollte sich unverzüglich zu einer befristeten Steuersenkung — und zwar in Form eines fixen, von der laufenden Steuerschuld abzusetzenden Betrages — bereithalten. Darüber hinaus müßte er ohne zu zögern die Finanzierung zusätzlicher Investitionen öffentlicher Instanzen sicherstellen; ein geeignetes Mittel wären Amortisationshilfen zentraler Haushalte an die Gemeinden.

Diese Empfehlungen mit dem Hinweis auf „altbewährte“ fiskalische Grundsätze abzuwehren, ist in der gegenwärtigen Situation nicht nur wirtschafts- und sozialpolitisch unvertretbar, sondern auch fiskalpolitisch keineswegs zu rechtfertigen. In der Tat steht der Fiskus jetzt vor keiner Alternative mehr: Eine weitere Rezession würde ihn infolge stark rückläufiger Steuereingänge ohnehin *zwingen*, zunehmend größer werdende Defizite in Kauf zu nehmen. Entschlüsse er sich dagegen jetzt zu Mehrausgaben und Steuersenkungen, so würde sich sein Defizit zwar zunächst abrupt vergrößern; die mit der Konjunkturbelebung zunehmenden Steuereinnahmen würden aber auf etwas längere Sicht eine rasche Tilgung dieser Schulden gestatten und die folgenden Budgets von dem sonst unvermeidlichen Defizitdruck befreien. Die Belastung künftiger Haushalte durch eine Verschuldung am Geldmarkt in der gegenwärtigen Phase gewinnt bei mittelfristiger Betrachtung sogar einen zweiten konjunkturellen Aspekt: Die Konsolidierung dieser Geldmarktschulden mit Kapitalmarktmitteln in einem späteren Boom wäre dann wiederum wichtiger Bestandteil antizyklischer Konjunkturpolitik.

Zur Entwicklung des Konsumgüterhandels in der Sowjetunion seit dem Jahre 1960

Dieser Bericht gibt einen Überblick über die Entwicklung des sowjetischen Einzelhandels und des Gaststättenwesens in den Jahren 1960 bis 1965. Der sowjetischen Abgrenzung zufolge sind in den Einzelhandelsumsätzen auch die Umsätze des Handwerks enthalten. Die folgende Analyse bezieht sich mithin auf den gesamten Konsumgüterabsatz an die Endverbraucher. Produktionsmittel werden nicht über das Handelsnetz, sondern durch eine besondere, staatliche Einrichtung verteilt, die sogenannte „Versorgung mit Material und technischer Ausrüstung“.

Einzelhandel

Dank der anhaltenden Förderung durch die Regierung beginnt der sowjetische Handel allmählich seinen Entwicklungsrückstand aufzuholen. In den Jahren 1960 bis 1965 hat die Zahl der Einzelhandelsbetriebe um 76 000 zugenommen; sie betrug zum Ende dieser Periode insgesamt 643 300. Etwa die Hälfte der Betriebe befindet sich in den Städten und stadähnlichen Siedlungen, in denen 54 vH der Bevölkerung wohnen. Obwohl das Einzelhandelsnetz auch heute noch sehr weitmaschig ist — 360 Einwohnern steht ein Betrieb zur Verfügung, gegenüber 90 Einwohnern in der Bundesrepublik —, so hat sich die Versorgung der sowjetischen Bevölkerung mit Handelsleistungen in letzter Zeit kontinuierlich gebessert. Nicht nur die Umsätze und die Zahl der Betriebe sind gestiegen; auch anspruchsvollere Handelsformen haben sich durchgesetzt. Die Spezialisierung der Geschäfte nimmt ständig zu: Der Anteil der Fachgeschäfte hat sich dabei von 47 vH im Jahre 1960 auf 52 vH im Jahre 1965 erhöht. Zwar ist auch die Zahl der Verkaufskioske bis in die letzte Zeit gestiegen, ihr Anteil ist jedoch zugunsten der Ladengeschäfte zurückgegangen. Die Zahl der

Lebensmittelgeschäfte wuchs langsamer als die Zahl der übrigen Läden.

Die durchschnittliche Betriebsgröße ist gestiegen, gemessen sowohl an der Zahl der Beschäftigten als auch am Umsatz. Im Jahre 1960 waren im Durchschnitt 3,9 Personen in einem Betrieb beschäftigt, 1965 waren es bereits 4,6. Dies zeigt, daß die Steigerung der Zahl der Betriebe nicht mit dem Wachstum der Beschäftigtenzahl Schritt gehalten hat. Diese hat sich von 1960 bis 1965 um ein Drittel erhöht und ist damit dreimal so schnell gestiegen wie die Gesamtbeschäftigung in der UdSSR. Der Umsatz je Betrieb erhöhte sich in der gleichen Zeit trotz des erweiterten Handelsnetzes um knapp 17 vH. Damit sind in der Sowjetunion heute die Handelsbetriebe — sowohl hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten als auch bezogen auf das Umsatzvolumen je Betrieb — größer als in der Bundesrepublik Deutschland. Der Handelsumsatz je Einwohner erreichte in der Sowjetunion 1965 allerdings erst die Hälfte des Niveaus in der Bundesrepublik¹⁾.

Der Einzelhandelsumsatz zu laufenden Preisen hat von 1960 bis 1965 insgesamt um 32 vH, jahresdurchschnittlich um 5,8 vH, zugenommen; der Umsatz je Einwohner stieg in der gleichen Zeit von 334 Rubel auf 412 Rubel, d. h. jährlich um 4,3 vH. Damit war das Wachstum des Einzelhandelsumsatzes doppelt so hoch wie die Zunahme des sowjetischen Durchschnittseinkommens im gleichen Zeitraum — ein Zeichen dafür, daß die Kaufkraft der Bevölkerung bisher höher war als das Angebot, so daß mit steigendem Angebot die Umsätze stärker wachsen konnten als die Einkommen. Noch überwiegt der Anteil der Nahrungs- und Genussmittel

¹⁾ Bei Vergleichen mit der Bundesrepublik Deutschland wurde hier 1 DM mit 0,37 Rubel bewertet.

Daten zur Entwicklung des sowjetischen Einzelhandels¹⁾

	Einheit	Sowjetunion						BRD
		1960	1961	1962	1963	1964	1965	1965 ^{1) 2)}
Zahl der Betriebe	1000	567,3	587,5	603,5	616,1	632,4	643,3	659,6
davon Geschäfte	„	413,0	424,0	440,7	452,1	464,1	471,7	·
Kioske	„	154,3	159,5	162,8	161,0	168,3	171,6	·
Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel	„	2 226	2 403	2 562	2 685	2 813	2 963	2 599
dar. im genossenschaftl. Einzelhandel	„	819	875	929	945	972	1 015	·
Einzelhandelsumsatz	Mill. Rbl.	71 532	73 659	79 208	82 919	86 743	94 697	58 426
Einwohner je Betrieb	Anzahl	377	371	366	364	361	358	89
Beschäftigte je Betrieb	„	3,9	4,1	4,2	4,4	4,4	4,6	3,9
Umsatz je Einwohner	Rbl.	334	338	358	370	380	412	990
„ je Beschäftigten	1000 Rbl.	32,1	30,7	30,9	30,9	30,8	32,0	22,5
„ je Betrieb	„	126,1	125,4	131,2	134,6	137,2	147,2	88,6
Anteile am Einzelhandelsumsatz								
Handelsspanne	vH	7,8	7,6	7,5	7,5	7,5	7,6	27,5
Umschlagkosten	„	5,5	5,7	5,8	5,8	5,9	6,3	25,7
Umschlaghäufigkeit	Anzahl	4,3	3,9	3,9	3,8	3,6	3,8	4,8
Index der Einzelhandelspreise	1960 = 100	100	99	101	101	101	101	114

¹⁾ Einschl. Handwerk. — ²⁾ Angaben anhand der Zählung 1960 geschätzt; DM-Werte auf der Basis 1 Rbl. = 2,70 DM in Rbl. umgerechnet.

Quellen: Narodnoe chozjajstvo SSSR 1961, 1963, 1965. — Mitteilungen des Instituts für Handelsforschung an der Universität zu Köln, Nr. 8/1966. — Stat. Jahrbuch BRD 1966, S. 494.

am Gesamtumsatz, doch blieb die Zuwachsrate der Nahrungsmittelumsätze 1965 seit Jahren erstmals hinter der der übrigen Güter zurück.

Ein knappes Viertel des gesamten Einzelhandelsumsatzes wurde auf dem Lande getätigt, wo noch 46 vH der Bevölkerung wohnen. Da die Dorfbevölkerung jedoch einen Teil ihres Bedarfs — vor allem an langlebigen Gebrauchsgütern — in den Städten deckt und sich mit Nahrungsmitteln weitgehend selbst versorgt, lassen diese Angaben keinen Schluß auf den Verbrauch der Landbevölkerung zu.

Preise und Kosten

In der sowjetischen Statistik werden die Handelskosten ohne Umsatzsteuer und naturgemäß auch ohne Unternehmerlohn ausgewiesen; sie betragen 1965 nur 6,3 vH des Einzelhandelsumsatzes. Nur die wichtigsten Gründe für diese geringe Spanne seien hier genannt: Der Handel kalkuliert nicht selbstständig. Für jeden Artikel ist mit dem festgesetzten Preis auch die Handelsspanne fixiert, mit der die Betriebe auskommen müssen. Mieten, Gebühren, Abschreibungen und andere Handelskosten sind sehr niedrig veranschlagt und decken — wie viele Preise in der Sowjetunion — nicht einmal die tatsächlichen Kosten. Dennoch steigen die ausgewiesenen Kosten tendenziell. Die allgemeine Erfahrung, daß der Handelsapparat wegen seiner geringen Produktivitätsfortschritte immer kostspieliger wird, findet hierin ihre Bestätigung.

Die Umsatzsteuer belastet die Güter erheblich stärker als die Handelsspannen, sie hat demzufolge weit größeren Einfluß auf das Niveau der sowjetischen Einzelhandelspreise. Die gesamten Umsatzsteuereinnahmen der Sowjetunion betragen 1965 38,7 Mrd. Rubel. Etwa zwei Drittel dieser Summe resultierten aus dem Verkauf von Konsumgütern, die sich beim Übergang vom Hersteller zum Verteiler allein durch die Umsatzsteuer um etwa 35 bis 40 vH verteuern.

Im Vergleich zur Bundesrepublik ist die Umschlaghäufigkeit der Einzelhandelsläger wesentlich niedriger. Drei Viertel aller Warenbestände lagern im Einzelhandelsnetz. Hatten während der Phase des Gütermangels Industrie und Großhandel stets Mühe gehabt, ihre Lieferpläne mengenmäßig und fristgerecht zu erfüllen, so hat sich seitdem das Bild gewandelt. Gleichzeitig geht der Absatz des Einzelhandels nicht mehr so reibungslos vonstatten wie zuvor; seine Läger sind entsprechend gewachsen.

Die Entwicklung des Preisniveaus im staatlichen Einzelhandel zeigt seit 1960 kaum Veränderungen. Offenbar ist die Periode der kräftigen Preissenkungen vorüber. Geringe Preisherabsetzungen, z. B. bei Textilien, Uhren und Kakao, wurden durch Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln, wie Butter und Fleisch, weitgehend ausgeglichen. Das durchschnittliche Preisniveau hat sich in dem betrachteten Jahrfünft daher nur wenig geändert: Es war im Jahr 1965 nur um 1 vH höher als 1960.

Kolchosmärkte

Neben dem „organisierten“, d. h. dem staatlichen und genossenschaftlichen Handel zu festgesetzten Preisen gibt es in der Sowjetunion noch immer 7260 Kolchosmärkte mit freier Preisbildung. Private Anbieter, aber auch Genossenschaften, verkaufen hier ihre Erzeugnisse — in der Regel Nahrungsmittel und Vieh. Im Jahre 1965 betrug der Umsatz auf diesen Märkten knapp 5 Mrd. Rubel, von denen 1,3 Mrd. auf Genossenschaften entfielen.

Umsatz- und Preisentwicklung auf den Kolchosmärkten

	1960	1961	1962	1963	1964	1965
Umsätze in Mill. Rubel						
Private Anbieter . . .	3 702	3 929	3 577	3 788	3 861	3 681
Genossenschaften . . .	633	734	1 391	1 190	1 274	1 291
Index der Kolchosmarktpreise 1960 = 100 . . .	100	105	113	119	122	114
Umsatzentwicklung zu konstanten Preisen . . .	100	99	100	90	91	93

Quelle: Nar. choz. SSSR 1961, 1963, 1965.

Die Bedeutung der Kolchosmärkte schwindet: Die Umsatzentwicklung ist rückläufig. Dabei ist — infolge beachtlicher Preiserhöhungen — die mengenmäßige Bedeutung dieser Märkte für die Versorgung der Bevölkerung noch stärker zurückgegangen, als es in der Entwicklung des Umsatzanteils zum Ausdruck kommt. Zwar werden noch ungefähr die Hälfte aller Kartoffel- und ein Sechstel der Gemüseeinkäufe der privaten Haushalte auf diesen Märkten getätigt²⁾; es ist indes nicht zu verkennen, daß diese Märkte mit der Verbesserung des Lebensstandards der sowjetischen Bevölkerung einem gewissen Wandel unterliegen: Sie werden von einer bisher notwendigen allmählich zu einer zusätzlichen Versorgungseinrichtung.

Gaststättenwesen

Das Gaststättengewerbe wird in der Sowjetunion „gesellschaftliche“ oder „öffentliche Verpflegung“ genannt. Da zur Entlastung der Berufstätigen, vor allem der berufstätigen Hausfrauen, und im Interesse des kollektiven Verbrauchs diese Verpflegungsform besonders gefördert werden soll, ist das Wachstum des Gastgewerbes durchweg etwas stärker als das des Einzelhandels. Zwischen 1960 und 1965 stieg die Zahl der Betriebe jährlich um 5,6 vH auf insgesamt 193 000; über zwei Drittel der Betriebe sind in Städten und stadtähnlichen Siedlungen gelegen.

Der Umsatz erhöhte sich im Jahresdurchschnitt um 7,5 vH, die Zahl der Beschäftigten stieg im gleichen Zeitraum um mehr als ein Drittel, jährlich um 6,7 vH. Die durchschnittliche Betriebsgröße ist gewachsen, gemessen sowohl an der Zahl der Beschäftigten als auch am Umsatz.

²⁾ Vgl. Vestnik Statistiki Nr. 1, 1967, S. 30.

Daten zur Entwicklung des sowjetischen Gaststättenwesens¹⁾

	Einheit	Sowjetunion						BRD
		1960	1961	1962	1963	1964	1965	1965 ²⁾
Zahl der Betriebe	1000	147	155	163	170	181	193	140
Zahl der Beschäftigten	"	1 069	1 158	1 238	1 306	1 410	1 477	470
Umsatz	Mill. Rbl.	7 023	7 417	8 088	8 766	9 618	10 065	3 825
Einwohner je Betrieb	Anzahl	1 456	1 406	1 356	1 318	1 260	1 192	421
Beschäftigte je Betrieb	"	7,3	7,5	7,6	7,7	7,8	7,7	3,4
Umsatz je Einwohner	Rbl.	33	34	37	39	42	44	65
" je Beschäftigten	1000 Rbl.	6,6	6,4	6,5	6,7	6,8	6,8	8,1
" je Betrieb	"	47,8	47,9	49,6	51,6	53,1	52,2	27,3
Anteile am Umsatz								
Handelsspanne	vH	17,7	18,0	17,9	17,8	18,2	18,4	45
Umschlagkosten	"	16,3	17,0	17,0	16,9	17,1	18,9	37

¹⁾ Ohne Beherbergungsgewerbe. — ²⁾ Schätzungen anhand der Handels- und Gaststättenzählung 1960. Die DM-Beträge wurden auf der Basis 1 Rbl. = 4 DM in Rubel umgerechnet.
Quelle: Nar. choz. SSSR 1961, 1963, 1965.

Die Zahl der Einwohner je Gaststättenbetrieb ist vergleichsweise hoch. Im Durchschnitt steht ein Gaststättenbetrieb für 1200 Einwohner zur Verfügung, in der Bundesrepublik dagegen für 420. Die sowjetischen Betriebe sind im Durchschnitt jedoch größer; sie haben mehr als doppelt so viele Beschäftigte, und der Umsatz je Betrieb beträgt im Vergleich zur Bundesrepublik ebenfalls fast das Doppelte.

Auch im sowjetischen Gaststättenwesen sind die Spannen vergleichsweise sehr niedrig; sie deckten z. B. im Jahre 1965 nicht einmal die Kosten. Zu dieser Zeit waren die Löhne und Gehälter der im Gaststättenwesen Beschäftigten durch Gesetz erhöht worden, ohne daß das Gastgewerbe im Laufe des Planjahres eine entsprechende Erhöhung seiner Spanne erwirken konnte.

Über die Preise im sowjetischen Gaststättenwesen gibt es keine offiziellen Angaben. Bekannt ist jedoch, daß die Preise in den Speiselokalen, Cafés und Gaststuben niedriger als im Einzelhandel sind. Die Umsatzsteuerbelastung der vom Gastgewerbe verarbeiteten Nahrungsmittel ist nämlich wesentlich geringer als im Einzelhandel. Die Förderung der gesellschaftlichen Verpflegung durch den Staat hat dazu geführt, daß das Essen in Gaststätten eine verhältnismäßig große Rolle spielt: Im Jahre 1965 erreichte der Gaststättenumsatz je Einwohner zwei Drittel des entsprechenden Betrages in der Bundesrepublik, während — wie bereits erwähnt — der Einzelhandelsumsatz je Einwohner in der Sowjetunion nicht einmal halb so groß war wie in der Bundesrepublik.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str. 170
Tel. 76 10 33; — telex 0183247 diwbl

Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Dieter Hib
Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Horst Seidler,
Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—